

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Merseburg.

Die „Volksstimme“ erscheint täglich abends (mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage). Verantwortlicher Redakteur für den Teil Ostales und Provinzialteil Meins. Dreifacher, für die Anstalt Rudolf Schönanst, Halle, für den übrigen Inhalt Otto Vollenber, Leipzig. — Verl. der Volksstimme G. m. b. H., Halle, Große Ulrichstraße 27. — Druck Freie Presse G. m. b. H., Leipzig, Königstr. 5.

Zeitungspreis: Monatlich 1 Mark, beim Abholen von der Expedition 10 Pfennig. Bei den Postämtern 12 Pfennig. Einzelne Nummern 10 Pf. — Anzeigerpreis: Die Zeitg. Kolonelleiste 20 Pfennig, Inserate in auswärts 25 Pfennig, im Restamt 15 Pfennig. Verlags-Expedition: Halle, Große Ulrichstraße 27, Fernspr. 5407. — Zeitungspresse Seite 41.

№. 230.

Halle, Freitag den 4. Oktober 1918.

2. Jahrgang.

Das Werden der neuen Zeit

Die Friedensregierung

Zwei Aufgaben stehen heute fest: Die neue Regierung des Deutschen Reiches wird die Aufgabe haben, Frieden zu schließen, und die Sozialdemokratie wird sich an ihr beteiligen. Die Zeit fordert nicht Diskussion, sondern Aktion. Die schwerste Aktion, die die Partei jemals unternommen hat, ist eingeleitet, und jetzt ist es unter aller Würde, sie auf das entscheidendste zu unterstützen.

In der neuen Regierung wird die erste Aufgabe der Partei sein, alle Hindernisse für einen raschen Friedensschluß zu beseitigen, deren Beseitigung für das deutsche Volk kein Schaden, sondern ein Nutzen ist. Diese Hindernisse sind: alle Einrichtungen, die mit dem demokratischen Grundcharakter eines Staatswesens unvereinbar sind, alle Schwierigkeiten, die der Gründung eines Völkerbundes, der obligatorischen Schiedsgerichtsbarkeit und der allgemeinen Abrüstung in den Weg gelegt werden, schließlich jede Verfehlung auf die Idee, Deutschland müsse aus diesem Kriege mit irgendwelchen offenen oder verdeckten Annexionen, sei es auch nur im Osten, hervorgehen. Diese Hindernisse müssen radikal beseitigt werden, und die Zustimmung sprechen dafür, daß die Schwierigkeiten, die sich ihrer Überwindung entgegenstellen, durchaus nicht unüberwindbar sein werden.

Die Sozialdemokratie wird dahin wirken müssen, daß von deutscher Seite zur raschen Herstellung eines dauernden Friedens alles getan wird, was mit der Zukunft des deutschen Volkes vereinbar ist. Sie wird auf der anderen Seite den Gegnern gegenüber den Beweis zu führen haben, daß ein Frieden, der die Zukunft des deutschen Volkes aus dieser Schwierigkeit selbst wenn er jetzt geschlossen würde, kein wirklich dauernder sein könnte. Es ist das gemeinsame Interesse aller Völker, den Krieg ein für allemal aus der Welt zu schaffen. Das ist aber nicht möglich, wenn eine Regierung Friedensverträge gleich jenem von Versailles diktiert oder annimmt.

Solange die Friedensverhandlungen noch nicht begonnen haben, die Feindseligkeiten noch fortdauern, muß sich die Verteidigungskraft des deutschen Volkes bis zum denkbar höchsten Grade entfalten. Der Übergang vom Kriegs- in den Friedenszustand ist auch militärisch ein physikalisch gefährlicher Augenblick. Wehe dem Volke, das seine Waffen fünf Minuten zu früh an die Wand stellt!

Die Entfaltung der nationalen Verteidigungskraft erfordert aber auch die Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern. Ein Volk, das am Ende eines langen Krieges die Geduld verliert und die Aufrechterhaltung der inneren Verwaltung läßt oder unterläßt, gleich einem Kranken, der im Fieberanfall seine Verbände abwirft und aus dem Bett springt. Das mag ihm für den Augenblick seelische Entlastung von einer schwer zu ertragenden Spannung bringen, er wird es aber mit den fürchterlichsten Schmerzen und zum Schluß mit dem Tode zu bezahlen haben.

Die deutsche Sozialdemokratie hat stets auf dem Standpunkte gestanden, daß es auf die Ziele ankommt und nicht auf die Mittel. Das Ziel einer deutschen Demokratie wird in kurzer Zeit auf dem Wege der friedlichen Umwälzung erreicht sein. Dann tritt die geniale Frage der weltwirtschaftlichen Neuordnung an uns heran, und der Sozialismus wird seinen Vorwärtsschritt antreten. Heute kommt alles darauf an, daß von dem, was uns bleibt, nicht überflüssig veräußert und vernichtet wird. Von den materiellen Gütern, die ohnehin auf einen letzten Rest zusammengefallen sind, vor allem aber von der Organisation, deren Bestand und Fortschritt allein uns die Hoffnung auf eine bessere Zukunft offen läßt.

Der Reichstag, der am nächsten Dienstag zusammenzutreten sollte, ist schon für den Sonnabend dieser Woche, den 5. Oktober einberufen. Die Beschlusnahme der Einberufung des Reichstages wurde beschlossen, als weder die Zusammenkunft der Regierung noch ihr Programm schon endgültig und ständig feststand. Damit wollte man noch im Laufe des Donnerstags fertig werden, und am Freitag soll schon möglicherweise der Saubauschluß zumal treten, um wichtige Mitteilungen der neuen Regierung über die auswärtige Politik entgegen zu nehmen.

Unter dem Gebot der Stunde muß also zwischen den Parteien und der neuen Regierung eine ganze Reihe von sachlichen und persönlichen Fragen noch ins reine gebracht werden.

Die Erklärungen der neuen Regierung müssen abgemerkt werden. Nur soviel kann man jetzt schon sagen, daß sie es als ihre aller oberste Aufgabe betrachten wird, der Welt so rasch wie möglich einen für alle Völker, ganz besonders natürlich auch für das deutsche Volk erträglichen, Bestand verbrechenden Frieden wiederzugeben.

Wichtig ist aber: Die Regierung des deutschen Volkes wird bereit sein, für ihr Teil Opfer zu bringen, um das große Werk des künftigen Völkerbundes zu sichern, es ist aber selbstverständlich, daß diese Opfer eine feste Grenze haben, die nicht überschritten werden kann, ohne das Werk selbst auszuführen zu gefährden. Von Staatsmännern des feindlichen Aus-

lands ist wiederholt erklärt worden, es bestehe nicht die Absicht, dem Deutschen Reich einen Frieden nach der Art jenes von Versailles aufzuzwingen. Es ist leicht möglich, daß den gegnerischen Regierungen bald Gelegenheit gegeben werden wird, zu zeigen, ob dieses Wort eine Brücke ist, auf die man treten kann.

In einer Verankerung der Unabhängigen sagte jüngst der Abgeordnete Gaale, aus seine Partei wolle nicht den Frieden um jeden Preis. Es ist erfreulich, daß wenigstens in diesem Punkte Übereinstimmung besteht. Gällt der Abgeordnete Gaale Wort, so wird er die neue Regierung unterstützen müssen. Von ihr wird man nämlich wohl sagen können, daß sie den Frieden will um jeden Preis, der die Zukunft des deutschen Volkes nicht schwerer belastet als selbst die aufzunehmene Fortsetzung des Krieges dies tun würde.

Der 5. Oktober, der Tag, an dem die neu gebildete Regierung vor den Reichstag treten wird, kündigt sich als ein geschichtlicher Tag an, der in mancher Beziehung dem 4. Aug. 1914 an die Seite gestellt werden kann, und es ist aufs höchste zu hoffen, daß dieser Tag einen parlamentarischen Aktus bedeuten wird, wie jener ein parlamentarischer Anfang einer fürchterlichen Periode der deutschen Geschichte bedeutet hat. Die Sozialdemokratie handelt sich im Geiste der Erklärung vom 4. August, in der sie sagte, sie würde alles tun, um das Land zu verteidigen, aber auch alles, um ihm dem Frieden wieder zu geben.

Solange dieses Werk aber noch nicht vollendet ist, muß die Antreibung des ganzen Landes, der Armee und des Volkes, zu seinem Gelingen beitragen. Nur so ist zu erreichen, was erreicht werden muß, ein Ende in Festigkeit und Ordnung.

Prinz Max — Reichszankler

Prinz Max von Baden ist gestern zum Reichszankler und preussischen Minister für die auswärtigen Angelegenheiten ernannt worden. Die formelle Vollziehung der Ernennung ist noch nicht erfolgt. Der Prinz wird am Sonnabend, dem 5. Oktober, in der für 1 Uhr nachmittags anberaumten Vollziehung des Reichstages sein Regierungsprogramm entwickeln. Zu Staatssekretären ohne Vorleser sind die Reichstagsabgeordneten Götzer und Schieffelin ernannt. Der Staatssekretär des Innern Ballon hat seinen Abschied erbeten; sein Nachfolger wird ein Zentrumsglieder werden. An die Spitze eines durch Abtrennung vom Reichswirtschaftsamt neu zu begründeten Reichsarbeitsamtes soll der zweite Vorsitzende der General-Kommission der Gewerkschaften, Reichstagsabgeordneter Bauer, treten. Die Frage, ob ein vom auswärtigen Amt unabhängiges Reichspräsident unter einem weiteren Staatssekretär aus dem Reichspräsident erwidert werden wird, ist noch in Behandlung. Die Ernennung mehrerer Unterstaatssekretäre aus der Volksvertretung steht bevor.

Nach der Vorsehung soll der bisherige Staatssekretär des Reichscolonialamts Dr. Solz das Staatssekretariat des Auswärtigen übernehmen. Der Altkreis Dinkels wäre danach beschlossene Sache. Mit dem Abschied des Reichswirtschaftsamt ist ein wichtiger geschäftlicher Geschäftsweg verfallen, das Generalleutnant Grotzer, bisher Chef des Stabes der in der Ukraine befindlichen deutschen Streitkräfte, für diesen Posten auszuweichen wurde.

Der Führer der nationalliberalen Reichstagsfraktion, Dr. Stresemann, hatte mit dem Prinzen Max eine eingehende Unterredung, die zu einer Annäherung der wechselseitigen Ansichten führte. Annehm ist von den Mehrheitsparteien das fertig ausgearbeitete Programm, das zugleich als das Programm des künftigen Kanzlers angesehen werden kann, den Nationalliberalen zugegangen. Dem Beitritt der Nationalliberalen steht damit kein wesentliches Hindernis mehr im Wege. In diesem Falle würden der nationalliberalen Regierungsdirektor Dr. Friedberg, Dr. von Krause und Schiffer in ihren Ämtern verbleiben. Wenn sich die Nationalliberalen dem Reichspräsidenten angeschlossen haben, die Regierung verfassungslich, wäre der Schritt nur zu begrüßen. Ein Teil der Nationalliberalen hat schon längst den Mund nach links gehalten. Die Zeit hat aber ein strengeres Regiment.

Im Reichstage fanden am Donnerstag Vorlesungen der neuen Regierungsmitglieder statt, an denen auch Generalfeldmarschall Hindenburg teilnahm.

Form und Wesen

Zu den im Reich so früh gebenden Meinungen schreibt die Norddeutsche Allgemeine Zeitung: „So wesentlich auch die Meinungen sein müssen, so soll man doch nicht übersehen, daß die Formen der Verfassungen dieselben bleiben sind, und daß der Kaiser die ihm nach der Verfassung zugehörigen Rechte wahren. Auch die Parteien der Linken, die die Parlamentarisierung der Reichsregierung schon längst auf ihr Reden geschrieben hatten, bewiesen vollkommene Verständnis dafür, daß wir unsere Verfassungsreform nicht nach dem Vorbilde fremder Staaten einrichten, sondern einzig und allein nach den eigenen Verhältnissen und Bedürfnissen orientieren müssen. Dadurch, daß die Mehrheit des Reichstages den Vorschlag hat, den neuen Kanzler sich mit den Parteien des Reichstages über die von ihm einzuschlagende Politik verständlich hat, ist es offensichtlich geworden, daß wie auch hinfort keine Reichspolitik treiben werden, die auf das Interesse und die An-

forderungen einer einzelnen Partei eingeschränkt ist, sondern, daß wir eine Reichspolitik haben sollen, die das Vertrauen des Volkes genießt. Unter diesen Umständen kann es nicht anders sein, als daß auch das Volk in all seinen Teilen den Ruf der Stunde hört und einstimmt.“

Wenn sich die Norddeutsche Allgemeine Zeitung den neuen Verhältnissen gegenüber damit anpassen versucht, daß sie sich auf die Form der Ernennung der neuen Regierungsmitglieder beschränkt, so ist das eine recht oberflächliche Betrachtung der neuen Veränderungen. In Wirklichkeit ist das Wesen der Regierung vollständig im demokratischen Sinn umgewandelt. Darauf kommt es an!

Das Reichspräsident

Das neu zu errichtende Reichspräsident soll vor allen Dingen den Willen beseitigen, daß von einzelnen Ministern, denen bisher eigene Reichspräsident angegliedert waren, Volkst auf eigene Faust gemacht werde. Das war besonders beim Kriegsministerium und beim Marineministerium der Fall. Auch sind die von den einzelnen Ministern an die Presse gelangten Informationen usw., sowie die sonstigen Beziehungen dieser Reichspräsident einander oft unübergeordnet, was verfassungsrechtlich Mißbilligungen im Gefolge gehabt hat. Ohne mit Zurückhaltung befaßt zu werden, soll das neue Reichspräsident vor allen Dingen als Kriegsminister dienen. Es soll eine Art Überpart gegen die Reichspräsident der Entente werden, deren Wirkungen man in diesem Kriege hinsichtlich einzuweisen gelernt hat. Die bisherigen, den einzelnen Reichspräsident angegliederten Reichspräsidenten werden selbstverständlich verschwinden. Ob das neue Amt in die Friedenszeit mit hinübergenommen wird, steht noch nicht fest. Entgegen der ursprünglichen Absicht, dem Leiter der Unterstaatssekretäre beizugeben, wird man sich auf einen Unterstaatssekretär beschränken. Das Amt soll dem Abg. Dr. Ludwig Haas übertragen werden. Man erinnert sich in diesem Zusammenhang des Angriffs, den Dr. Haas vor kurzem gegen die Kriegserklärer richtete, und muß sich deshalb fragen, ob diese Wahl eine besonders glückliche sei. Außer dem Leiter (Erzberger) und dem Unterstaatssekretär sollen in das Reichspräsident mehrere Berufsjournalisten berufen werden.

Zurückweisung eines feindlichen Schwindels

Eine Anfrage des Abg. Bauer (SPD) wird dahin beantwortet: „Die Angelegenheit, daß die Entente im Jahre 1915 an Deutschland ein Friedensangebot gestellt habe, das aber abgelehnt worden sei, ist unzutreffend. Ein solches Friedensangebot wurde weder im Jahre 1915 noch zu einem anderen Zeitpunkt an Deutschland gerichtet.“

Die Wirkung der Demokratisierung Deutschlands im Ausland.

Das schweizerische Anzugsjournalistenblatt Vollets Dagblad schreibt: „Für den kommenden Frieden, der jetzt zweifellos in Sichtweite rückt, und für die Gestaltung der Zukunft hat der beginnende parlamentarische Durchbruch in Deutschland größeren Wert und Bedeutung als die Wilsonschen Reden und die kapitalistisch-militärische Maschinerie, aus welcher der amerikanische Präsident den dauernden Frieden herbeizubringen will. Hierdurch wird auch die ganze bis jetzt im Kriege stehende Problemstellung erleichtert. Im selben Augenblicke, in dem die Entente durch ihre Haltung gegen den russischen Volkswillen ihre Sozialdemokratie und ihren Profiteursinnus enthüllt, betritt Deutschland den Weg, auf dem der Volkswille lange der Parlamentarisierung mit Demokratisierung und Abrüstung entgegensteht. Hiermit gewinnt das deutsche Volk die Sympathie der übrigen Welt, während die Maschinerie für die Realisierung der Weltkriegen immer tiefer sinkt, deren Wille, mit den Völkern der Zentralmächte zur Wiederherstellung des Friedens in Verbindung zu treten, jetzt auf eine erste Probe gestellt werden wird.“

Rühme Behauptungen Wilsons.

Der Vaterland (Saar) schreibt: „Es ist schade, daß der Feind der letzten Rede Wilsons durch einen feindlichen Zorn zerbrochen wird, in dem der Präsident über die Mittelmächte spricht. Wenn Deutschland die Vertragspflicht gegenüber Belgien gebrochen hat, so kann man schwerlich behaupten, daß die Entente nur auf einer Seite zu suchen ist, denn Italien und Rumänien haben ihre Vertragspflicht gegenüber Deutschland und Österreich-Litauen gebrochen. Die Mittelmächte sollen, laut Wilson, Rumänien betrogen haben. Das ist uns unverständlich. Was könnte sich aber vorstellen, daß Deutschland und Österreich sich von den Rumänen betrogen fühlen. Wilsons Anspruch, daß die Regierungen der Mittelmächte es bewiesen hätten, kann Gegenstand zu sein, ist eine fiktive Behauptung. Hieraus läßt sich nicht nach dem richtigen Geiste, der Hoffnung auf eine Annäherung erweist.“

Von Antreue Deutschlands gegenüber Belgien zu reden, ist einfach Unfug. Das Verhalten Rumäniens und Italiens aber gegen Deutschland, das Ehren-Wilsons bezeugt, ist schändlicher Verrat von Bundesgenossen.

Russische Enthüllungen über Bulgarien.

Die amtlichen Journale in Moskau veröffentlichten umfangreiche Dokumente über die Separatverhandlungen der Bulgaren, die bereits 1914 stattgefunden haben. Nach den veröffentlichten Dokumenten hätten die Bulgaren im Sommer 1914 mit dem Kaiser Nikolaus II. in Wien Verhandlungen über die Beibehaltung der bulgarischen Provinzen im Balkan geführt, die unter der Bedingung der Beibehaltung der bulgarischen Provinzen im Balkan geführt wurden. Die Bulgaren hätten sich bereit erklärt, die Provinzen im Balkan zu beibehalten, wenn die Russen die Provinzen im Balkan beibehalten würden. Die Bulgaren hätten sich bereit erklärt, die Provinzen im Balkan zu beibehalten, wenn die Russen die Provinzen im Balkan beibehalten würden.

Einmal an die Südränder von Belgrad vor. In der Hypothese verleiht die Nacht eine Veränderung.
Amerikanischer Herbstbericht vom 2. Oktober. Außer schwerer Beschädigung und starkem Kräfteverlust wies der Rössen und an den andern von uns besetzten Stellen ist während des Tages nichts von dem in der letzten Woche erbeuteten Kriegsgüter (200 Geschütze aller Kaliber, 760 Gewehre, 300 Maschinenpistolen, 100 schwere Artilleriegeschütze, laufende von Artilleriegeschützen, hunderteausende von Manneskleidung).

Österreichischer Herbstbericht.

Wien, 3. Oktober. Im Aufbruch des Monats Landes erprobte die Österreichische Armee in Italien, indem wir, durch die Ereignisse an der bulgarischen Front genötigt, unsere Divisionen zurück. Der Erfolg gelangte überdurchschnittlich in Feldmarschall. Der Chef des Generalstabes.

Unsinnige Gerüchte.

Berlin, 3. Oktober. Von besonderer Seite, die genaue Beziehungen zu seinen militärischen Stellen unterhält, wird dem Befehlshaber geflüchteten Gegenwärtig gehen in Berlin Gerüchte über eine unangenehme Wendung der militärischen Lage um. Es ist festzustellen, daß diese Gerüchte entstehen. Allerdings sind die feindlichen Übergriffe an der Front gekommen, infolge dessen in der letzten Woche erbeuteten Kriegsgüter (200 Geschütze aller Kaliber, 760 Gewehre, 300 Maschinenpistolen, 100 schwere Artilleriegeschütze, laufende von Artilleriegeschützen, hunderteausende von Manneskleidung).

Die Antwort Englands auf die Burian-Note.

Wien, 3. Oktober. Die Antwort Englands auf die Friedensnote des Außenministers Burian ist heute hier eingetroffen.

Der Zusammenbruch der Ernährungsbureautratie.

S. S. Von einem genauen Kenner der Ernährungsverwaltung wird uns geschrieben:

Soll die Organisation der nationalen Verteidigung auf demokratischer Grundlage mit Erfolg durchgeführt werden, dann muß der Systemwechsel auch auf wirtschaftlichem Gebiet zur Hebung der Ernährungsorgane führen. Nur die Befestigung der öffentlichen Mängel in der Lebensmittelversorgung kann die Volkswirtschaft zu neuem Aufschwung bringen. Das Ernährungsamt unter Leitung des Staatssekretärs v. Walz hat ständig die agrarischen Interessen auf Kosten der Allgemeinheit bevorzugt. Während in der Ackerwirtschaft wenigstens eine gewisse geistige Beweglichkeit zu bemerken war, ist das Ernährungsamt jetzt ein Institut zur Erforschung der Erhaltung der Lebensmittel geworden. Die „Ernährungsamt“ des Ernährungsamtes sind in der Zunahme des Schleichhandels und in einer unzureichenden Versorgung der Bevölkerung mit den notwendigen Lebensmitteln.

Die wichtigste Grundlage für die Sicherstellung der Volksernährung bilden die Erzeugnisse der deutschen Wirtschaft an Getreide, Kartoffeln, Fett und Fleisch. Da bei den Konsumtatsachen für die landwirtschaftlich besetzten Flächen sogenannte Ernte- oder Vermaltungsverluste entstehen, muß es bei jedem Willen der Vermaltungsverluste zu vermeiden sein, genügend Lebensmittel herzustellen zu können. Aber die Sonderinteresse der fognanten Selbstverwalter machen die Kontrolle darüber unmöglich, ab und inwieweit Selbstverwalter die Versorgungspflicht entgegen werden. Wie kommt es z. B. daß Getreide noch immer in großen Mengen verfault wird und Mehl im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu kaufen ist? Die Antwort ist sehr einfach. Die Selbstverwalter haben das Recht, einen Teil ihrer Ernte für sich in besonderen Maßnahmen zu verarbeiten zu lassen. Mit Genehmigung des Ernährungsamtes sind für Zwecke der Selbstversorgung nach und nach etwa 24 000 kleine Mühlen in Betrieb gesetzt. Nun soll man die Reichserntebehörde — zur Entlastung des Verkehrs — angeblich etwa 1000 Kontrollen ausstellen lassen. Hier natürlich ist es nicht möglich, ab und inwieweit Selbstverwalter die Versorgungspflicht entgegen werden. Wie kommt es z. B. daß Getreide noch immer in großen Mengen verfault wird und Mehl im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu kaufen ist? Die Antwort ist sehr einfach. Die Selbstverwalter haben das Recht, einen Teil ihrer Ernte für sich in besonderen Maßnahmen zu verarbeiten zu lassen. Mit Genehmigung des Ernährungsamtes sind für Zwecke der Selbstversorgung nach und nach etwa 24 000 kleine Mühlen in Betrieb gesetzt. Nun soll man die Reichserntebehörde — zur Entlastung des Verkehrs — angeblich etwa 1000 Kontrollen ausstellen lassen. Hier natürlich ist es nicht möglich, ab und inwieweit Selbstverwalter die Versorgungspflicht entgegen werden.

Die Niesemengen an Milch und Butter, die im Schleichhandel umgehelt werden, beweisen genügend, daß die Verwaltungsverhältnisse an Kontrollen fehlen lassen. Ebenso liegt es bei der Kartoffelbewirtschaftung und die Sicherstellung des Reiches sehr geradezu zum Himmel. Die Heißhunger Wochen hat man in der Erwartung ertragen, daß durch die Schonung des Reiches die Verwaltungsverhältnisse an Kartoffeln zu erfüllen. Aber die Sonderinteresse der fognanten Selbstverwalter machen die Kontrolle darüber unmöglich, ab und inwieweit Selbstverwalter die Versorgungspflicht entgegen werden. Wie kommt es z. B. daß Getreide noch immer in großen Mengen verfault wird und Mehl im Schleichhandel zu Wucherpreisen zu kaufen ist? Die Antwort ist sehr einfach. Die Selbstverwalter haben das Recht, einen Teil ihrer Ernte für sich in besonderen Maßnahmen zu verarbeiten zu lassen. Mit Genehmigung des Ernährungsamtes sind für Zwecke der Selbstversorgung nach und nach etwa 24 000 kleine Mühlen in Betrieb gesetzt. Nun soll man die Reichserntebehörde — zur Entlastung des Verkehrs — angeblich etwa 1000 Kontrollen ausstellen lassen. Hier natürlich ist es nicht möglich, ab und inwieweit Selbstverwalter die Versorgungspflicht entgegen werden.

Die Beschlüsse der Berliner Gewerkschaftsverbände zeigen, daß unserer Schmachtfantasi nicht genügt ist. Eine ausreichende Ernährung ist nun ein Selbstverwalter erforderlich? Auf die Beschlüsse des AEA, unter jetzt das preussische Landwirtschaftsministerium und der preussische Staatskommissar für Volksernährung maßgebenden Einfluß aus. Das Landwirtschaftsministerium steht unter Herrn v. Eickenhart-Rothge wie unter Schloerme im Dienste der bisher in Preußen herrschenden agrarischen Junkertaratie. Deutung der Produktion bedeutet bei ihm immer höhere Preise, Schutz des Großgrundbesitzes, Schonung der Willkür, Schonung der inneren Kolonialpolitik und Hebung der Verdienste vor Beamten und Bürgern. Dieses Ministerium muß mit seinen ganzen bürokratischen und einseitig agrarischen Gesichtspunkten bei der Nahrungspolitik verbleiben.

Das preussische Staatskommissariat für Volksernährung ist von dem immerhin energiegelassen Dr. Risquels auf den Unterstaatssekretär Dr. Peters heruntergekommen, der früher Landrat in Kommer war. Als Leiter der Reichserntebehörde hat er die Kartoffelversorgung nicht in Ordnung gebracht, aber als Staatskommissar hat er vollkommen versagt. Während seiner Amtszeit hat der Schleichhandel beinahe umgekehrt zugenommen. Hat man aber etwas davon gehört, daß Landräte und Regierungspräsidenten, die es an der erforderlichen Aufsicht haben lassen sollen, in die Mühlen geschickt worden wären? Hier liegt eben die Ursache des Scheiterns des Ernährungsamtes. Die Beschlüsse des AEA, unter jetzt das preussische Landwirtschaftsministerium und der preussische Staatskommissar für Volksernährung maßgebenden Einfluß aus. Das Landwirtschaftsministerium steht unter Herrn v. Eickenhart-Rothge wie unter Schloerme im Dienste der bisher in Preußen herrschenden agrarischen Junkertaratie. Deutung der Produktion bedeutet bei ihm immer höhere Preise, Schutz des Großgrundbesitzes, Schonung der Willkür, Schonung der inneren Kolonialpolitik und Hebung der Verdienste vor Beamten und Bürgern. Dieses Ministerium muß mit seinen ganzen bürokratischen und einseitig agrarischen Gesichtspunkten bei der Nahrungspolitik verbleiben.

Namentlich erweist die Verwertung von neuen Lebensmittel-Regierungspräsidenten und Landräten, die für die jeweilige Beschaffung aller Lebensmittel in ihrem Bezirk einzutreten wollen. Auf Grund der Wirtschaftslagen ist die Aufrechterhaltung der Ablieferungs-pflicht von Wirtschaften für jeden Gemeindegemeinde möglich. Die agrarischen Zeitungen werden natürlich jeder Seite und jedes Schreibens, aber den Kandidaten gefällig sein. Die Zeitungen, welche die Rechte im Reichstag, die Wirtschaft durch Zusammenlegen der Reichstage ertragen, muß wissen, daß die Bauern bringen. Die körperliche und geistige Widerstandsfähigkeit unserer Arbeiter und Beamten ist in Gefahr, zusammenzubrechen, wenn die ausreichende Ernährung fehlt. Nur eine durchgreifende Reform kann die Aufrechterhaltung der inneren und äußeren Front sichern und das Vaterland in erster Stunde retten.

Falsche Politik.

Unter der Überschrift: Gegen aufwässrige Kreisblätter berichtet das Berliner Tageblatt von einem Beschlusse des preussischen Staatsministeriums:

„Amtliche Kreisblätter haben, wie mehrfach hervorgehoben worden ist, die Politik der Regierung in letzter Zeit erheblich erschwert. Das preussische Staatsministerium hat deshalb, wie die Liberale Korrespondenz berichtet, beschlossen, denselben Kreisblättern die wahren Politik der Regierung, insbesondere in der Wahlkreispolitik, durch Freigabe der Kreisverwaltungsstellen zu ermöglichen. Die Oberpräsidenten haben zu einer energischen Handhabung dieser Vorschrift angewiesen worden.“

Dazu bemerkt das Berliner Tageblatt: „Gegenüber einem etwaigen Einwand, daß hier ein Eingriff in die Pressefreiheit vorliegt, betont die Korrespondenz, daß die amtlichen Kreisblätter die wahren Politik der Regierung, insbesondere in der Wahlkreispolitik, durch Freigabe der Kreisverwaltungsstellen zu ermöglichen. Die Oberpräsidenten haben zu einer energischen Handhabung dieser Vorschrift angewiesen worden.“

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

Uebersicht

Die Entschiedenheit der politischen Verhältnisse hat die Abwehrkräfte angesetzt und den letzten Rest von Berlin befreit. Die Deutsche Tageszeitung drückt den Vorwärtigen am Donnerstagmorgen veröffentlichten Plan der Verteilung der Regierungsämter an die verschiedenen Parteien aus und begrüßt die neuen Männer mit einer Schlußfolgerung. Es heißt da:

„Ob man nicht doch wohl möglich ist eine gewisse Kontinuität der Regierung zu bewahren. Der Charakter „größtenteils“ Parteipolitik springt hier doch gar deutlich in die Augen. Bei Ministerposten pflegten die Kandidaten sonst nicht gerade freigebig zu sein; jetzt, wo sie selber an die Spitze kommen, kann ihnen die öffentliche Meinung gar nicht groß genug sein, und jede Rücksicht auf die öffentliche Meinung ist früher das B und O ihrer Politik war. Einmalige Parteipolitik ist die Politik der Zukunft. Die öffentliche Meinung ist die Politik der Zukunft. Die öffentliche Meinung ist die Politik der Zukunft.“

Ein deutscher Professor über den „Anfang des Weltkrieges“.

In einem Vortragabend, den der Verein Volksbildungsvereine in Berlin im Sitzungssaal des preussischen Abgeordnetenhauses abhielt, sprach der Professor für neuere Geschichte an der Universität Leipzig, Dr. Franz v. Sierstorf, über den „Anfang des Weltkrieges“. Nach einer Rede über die „Ursachen der Krise“ sprach er über die „Ursachen der Krise“. Die öffentliche Meinung ist die Politik der Zukunft. Die öffentliche Meinung ist die Politik der Zukunft. Die öffentliche Meinung ist die Politik der Zukunft.“

Anfragen im Reichstag.

Abg. Dieb (Soz.) stellt die Anfrage: „Nun durch hat die Kaiserliche Polizeiverwaltung angeordnet, daß die Beschlüsse des Reichstages nicht mehr in der Öffentlichkeit veröffentlicht werden dürfen. Gemäß dem Reichstag, die die Beschlüsse der Reichstages nicht mehr in der Öffentlichkeit veröffentlicht werden dürfen. Gemäß dem Reichstag, die die Beschlüsse der Reichstages nicht mehr in der Öffentlichkeit veröffentlicht werden dürfen.“

Berlin, 3. Oktober. In der heutigen Sitzung des Bundesrats wurden angenommen: 1. der Entwurf einer Verordnung zur Änderung der Verordnung über zurechtstellende Gütermittel, 2. der Entwurf einer Bekanntmachung über die Ermäßigung von Zinsen zu Zurechtstellenden aus dem Anstaltsfonds für den Zeitraum vom 1. Oktober 1914 bis zum 31. Dezember 1914.

Wieder eine Glanzleistung.

An unserer Antwort auf ihre Anempfehlung in der Sache der Aufstufung des Allgemeinen Bauvereins...

Eine Vererbung ist es zunächst, wenn sie sich in ihrer Entgegung zu gebären, als seien sie die Angehörigen...

Eine weitere Vererbung liefert sich die Kämpfer für Wahrheit in folgendem: Wir sollen die Vererbung zu Unrecht abkündigende Vererbung vorgekommen haben...

Eine weitere nette Vererbung wird mit der Angelegenheit der Vererbung vorgekommen, die wir mit angeführt hatten, um daran zu zeigen, wie leicht die Vererbung...

Die Lebensmitteleverversorgung der Stadt Halle

war der Gegenstand der Beratungen einer Versammlung der...

Zwischen Himmel und Erde.

14) Roman von Otto Sudwig.

Wie mancher meint die Welt zu kennen und kennt nur sich! Der Geist des Hauses mit den grünen Fensterläden...

Zwischen Himmel und Erde II.

Zwischen Himmel und Erde ist des Schieferdeckers Reich. Tief unten das lärmende Gemüß der Wanderer der Erde...

Deutscher Heeresbericht vom 3. Okt.

mit Godes Hauptquartier, am 3. Oktober. (Kontin.)

Westlicher Kriegskorps. Heeresgruppen Kommando Ruppel und Doehn. In Jündern wurden heftige Angriffe nördlich von Sieden...

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz.

Südlich von Anzle-Dehnen und nördlich von Jülich schritten die Truppen des Kronprinzen...

Der Erste Generalquartiermeister. Ludendorff.

Er jetzt auf seinem Geldsack sitzt, Der spart für den Feind, Wer Kriegsanleihe zeichnet, Spart für seine Kinder.

zusammen mit dem Generalstabschef einberufen. Zunächst gab Genosse Max Schönbach das einleitende Referat...

zuunbilden Behörde vorstellig wird und dieser die Unzufriedenheit der Arbeiterkraft...

Zu den Diskussionen sprach zunächst Generalquartiermeister Ludendorff, der eine bessere Lebensmitteleverorgung der Truppen...

Verhalten bei Brandfällen.

Bei allen Schadenfeuern, auch bei kleinster geringfügigen Brandfällen, ist grundsätzlich sofort die Feuerwehreinheit...

Die Alarmierung der Feuerwehr kann durch Fernsprecher Nr. 0607 und 1234 oder durch Betätigung der Feuermelder...

Bei Brandfällen im Hause, die sich nicht auf einen Raum beschränken, sondern sich auf mehrere Räume ausbreiten...

Bei Brandfällen im Hause, die sich nicht auf einen Raum beschränken, sondern sich auf mehrere Räume ausbreiten...

Die städtische Kriegshinterlassenen-Versicherung, Meins Zielstraße 111, nimmt an Verträgen von 10-11 Wm von Kriegshinterlassenen...

Aber der fähige Mann beginnt nun erst sein Werk. Er holt ein anderes Tau heraus und legt es als dreifachen Ring unter dem Turmknopf...

(Fortsetzung folgt.)

